



Medienmitteilung

Zürich, 7. Januar 2022

Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 10. Januar 2022 Fokusthema: **Volkswirtschaft**

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montag nach zwei unumstrittenen Wahlen gleich mit drei Geschäften ins neue Jahr starten, deren Themen erfahrungsgemäss für leidenschaftliche Debatten sorgen: EU, Zuwanderung und Strassenfinanzierung. Danach folgen drei Kredit- und Abrechnungsvorlagen, die alle für wenig Zündstoff sorgen dürften, bevor es bei der Forderung nach einer Kerosinsteuer wieder hoch zu- und hergehen könnte. Sollte anschliessend noch Zeit dazu sein, wird der Kantonsrat bis zum Ende der Sitzung Vorstösse beraten, welche die Volkswirtschaftsdirektion betreffen.

Einbezug der Kantone im Dialog zwischen der Schweiz und der EU

Mit einem dringlichen Postulat bittet GLP-Kantonsrat Michael Zeugin, mit Unterstützung von SP, Grünen, Mitte, EVP und AL, den Regierungsrat, bei der Konferenz der Kantone einen Runden Tisch zwischen dem Bund und den Kantonen zum Thema «eine verlässliche und belastbare Zusammenarbeit mit der Europäischen Union» zu initiieren ([KR-Nr. 381/2021](#)). Auslöser für den Vorstoss war der Entscheid des Bundesrates vom 26. Mai 2021, die Verhandlungen zum Institutionellen Abkommen mit der EU abzubrechen, den er gefällt hatte, ohne die Kantone zuvor über diese Absicht zu informieren. Am Runden Tisch sollen Bund und Kantone gemeinsam ein Zukunftsmodell für die Beziehungen mit der EU ausarbeiten. Der Regierungsrat beantragt, das dringliche Postulat abzulehnen. Die Kantone seien zwar über den Abbruch-Entscheid nicht vorinformiert worden. Es gebe aber keinen Grund, am Zweck und an der Bedeutung des bereits bestehenden Europadialogs mit dem Bund zu zweifeln.

Michael Zeugin (GLP, Winterthur), 079 962 32 75

Umstrittene Massnahmen zur Steuerung der Zuwanderung auf kantonaler Ebene

Häufig zu emotionalen Voten kommt es im Rat bei Debatten über die Zuwanderung. Auf der Traktandenliste steht am Montag eine Einzelinitiative (EI) des ehemaligen SVP-Kantonsrates und heutigen Nationalrates Gregor Rutz. Dieser fordert neue Gesetzesvorlagen, um die Zuwanderung aus dem Ausland sowie, bei Bedarf, von Ausländerinnen und Ausländern aus anderen Kantonen in den Kanton Zürich besser zu steuern. Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) beantragt einstimmig, die EI abzulehnen ([5505](#)). Die WAK-Mehrheit lehnt auch einen Gegenvorschlag in Form einer Neuformulierung von § 9 des Personalgesetzes ab. Mit dieser würde vorgegeben, dass offene Stellen nach Möglichkeit durch interne Nachfolgeregelungen zu besetzen oder die Aufgaben auf bestehende Stellen zu verteilen sind. Für die Minderheit können mit dem Gegenvorschlag die in der Einzelinitiative formulierten Forderungen wenigstens teilweise umgesetzt werden. Damit werde indirekt erreicht, dass Stellen nur dann extern ausgeschrieben werden, wenn es nicht anders geht.

WAK-Präsident: Beat Bloch (CSP, Zürich), 079 891 95 05

Minderheit: Ueli Bamert (SVP, Zürich), 079 742 60 21

Ergänzungsbericht zur Klärung der künftigen Strassenfinanzierung verlangt

Nicht, wie vom Regierungsrat gefordert, als erledigt abschreiben will die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) das Postulat von FDP-Kantonsrat Christian Schucan betreffend «Strassengelder für Strassen (Fonds im Eigenkapital)» ([5633](#)). Die KEVU beantragt einstimmig einen Ergänzungsbericht. Dieser soll die Auswirkungen auf den Staatshaushalt aufzeigen, einschliesslich Einhaltung des mittelfristigen Ausgleichs, wenn der Strassenfonds analog zum Verkehrsfonds geführt würde. Bei den Berechnungen sollen auch die Folgen der Weiterentwicklung neuer Technologien, etwa der E-Mobilität, auf die Finanzierung des Strassenfonds mitberücksichtigt werden, da dieser unter anderem aus Abgaben auf fossile Energieträger gespeist wird. Angesichts der vorwiegend finanziellen Implikationen des Postulates hat die KEVU die Zusammenarbeit mit der Finanzkommission (FIKO) gesucht, die einen Ergänzungsbericht ebenfalls befürwortet.

KEVU-Präsident: Alex Gantner (FDP, Maur), 079 400 23 43

Unumstrittene Kredite und Abrechnungen für Ausgesteuerte und die GZA-Stiftung

Keine lange Diskussion dürfte es zu drei Geschäften geben, welche die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) einstimmig und gleichlautend wie der Regierungsrat zur Bewilligung beantragt. Dabei geht es um einen Rahmenkredit für die Jahre 2022–2025 für die Subventionierung von Weiterbildungs- und Beschäftigungsprogrammen für Ausgesteuerte ([5728](#)), um die Abrechnung des Rahmenkredits mit demselben Zweck für die Jahre 2014–2017 ([5018](#)) und um die Abrechnung des Objektkredits 2016–2019 für die Stiftung Greater Zurich Area Standortmarketing (GZA) ([5182](#)).

WAK-Präsident: Beat Bloch (CSP, Zürich), 079 891 95 05

Kommissionsmehrheit fordert keine weitere Standesinitiative für eine Kerosinsteuer

Im Sommer 2018 hat Robert Brunner, Altkantonsrat der Grünen, eine parlamentarische Initiative (PI) eingereicht, mit der die Einreichung einer Standesinitiative zur Einführung einer Kerosinsteuer gefordert wird ([KR-Nr. 231/2018](#)). Diese soll als Lenkungsabgabe sowohl für nationale wie auch für internationale Flüge zur Reduktion des CO₂-Ausstosses beitragen. Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt dem Kantonsrat, die PI abzulehnen. Die Kommissionsmehrheit begründet ihren Ablehnungsantrag damit, dass der Bund für das Thema bereits sensibilisiert sei und an einer nationalen Lösung arbeite. Seit der Einreichung der PI habe der Souverän das CO₂-Gesetz des Bundes abgelehnt und keine der in dieser Sache bereits eingereichten Standesinitiativen sei von den eidgenössischen Räten aufgenommen worden. Die Kommission ist sich allerdings einig darin, dass das Problem angegangen werden muss, und hat die aktuellen Gegebenheiten einer erneuten Analyse unterzogen. Der KEVU-Mehrheit ist es wichtig, dass für ein globales Problem eine globale Lösung gefunden wird. Einen schweizerischen Alleingang, der den Standort Zürich schwächt, lehnt sie entschieden ab. Die Kommissionsminderheit (SP, GLP, Grüne) setzt auf eine abgeänderte PI. Sie beurteilt die Kerosinsteuer im Rahmen der EU-Staaten als wirksames, marktwirtschaftliches Instrument. Der Internationalität des Problems werde mit der Forderung Rechnung getragen, dass sich die Schweiz in der EU frühzeitig in die Diskussion einbringen müsse. Die Standesinitiative sei ein wichtiges Signal des Flughafenkantons Zürich, dass er gewillt sei, seine Verantwortung im Flugverkehr auch beim Klimaschutz wahrzunehmen.

KEVU-Präsident: Alex Gantner (FDP, Maur), 079 400 23 43

Minderheit: Thomas Honegger (Grüne, Greifensee), 079 227 39 81

Fragen zum Normalarbeitsvertrag für Haushaltshilfen und Nachhaltigkeit im Tourismus

In der allenfalls verbleibenden Sitzungszeit wird der Kantonsrat ein paar der traktandierten Vorstösse behandeln, welche die Volkswirtschaftsdirektion betreffen. SVP-Kantonsrat Marcel Suter befürchtet, dass der revidierte Normalarbeitsvertrag für hauswirtschaftliche

Arbeitnehmer, kurz NAV Hauswirtschaft, zu einer Bürokratisierung mit kaum einzuhaltenden Auflagen führt. Deshalb hat er dazu verschiedene Fragen an den Regierungsrat gestellt ([KR-Nr. 157/2020](#)). Mit der Diskussion im Rat ist das Geschäft erledigt. Und GLP-Kantonsrätin Cristina Cortellini möchte mit Unterstützung der SP den Regierungsrat beauftragen, einen Bericht zu «Nachhaltigkeit im Tourismus» zu erstellen und beim Verein Zürich Tourismus ein Nachhaltigkeits-Konzept mit verbindlich festgelegten Kriterien einzufordern ([KR-Nr. 272/2020](#)). Der Regierungsrat hat sich bereit erklärt, das Postulat entgegenzunehmen. Weil die SVP eine Diskussion darüber verlangt hat, wird über die Überweisung aber erst nach einer Debatte im Rat entschieden.

Maria Rita Marty (SVP, Volketswil, Mitunterzeichnerin KR-Nr. 157/2020), 044 421 36 36
Cristina Cortellini (GLP, Dietlikon), 079 784 75 24

Personelles:

Gleich zu Beginn der Sitzung stehen die Wahl eines Ersatzmitglieds des Verwaltungsgerichts ([KR-Nr. 404/2021](#)) und die Wahl eines Mitglieds des Handelsgerichts ([KR-Nr. 442/2021](#)) an. Die Wahlvorschläge der Interfraktionellen Konferenz (IFK) sind unumstritten und die Wahlen dürften entsprechend wenig Zeit in Anspruch nehmen.

IFK-Präsident: Markus Bischoff (AL, Zürich), 079 211 81 66

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:
Benno Scherrer, Kantonsratspräsident, 077 445 44 49
Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12